

Nicht nur in Russland, Ungarn und Polen stärken die christlichen Kirchen derzeit eher autokratische Politik, als sie zu stören. Es zeigt sich eine Beziehung im beiderseitigen Interesse – aber auf Kosten der Demokratie. Doch es gab und gibt Gegenbeispiele. Ein Gastkommentar.

Auf Seiten der Autokraten?

Von Sieglinde Rosenberger

Die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche spielten beim Berliner Mauerfall 1989 eine wesentliche Rolle. Pfarrerinnen und Pfarrer initiierten Widerstand, über Jahre hinweg versammelten sich Menschen in der Kirche und fanden dort den notwendigen öffentlichen Raum zum Austausch. Die Nikolaikirchen-Bewegung zählt freilich zu den wenigen europäischen Beispielen für eine Kirche, die aktiv auf der Seite der Demokratisierung steht. Im Gegenteil stellen sich in den letzten Jahrzehnten viele Kirchen, insbesondere in osteuropäischen Ländern, auf die Seite von Autokraten. Sie stören nicht die Entdemokratisierung – geistliche Würdenträger und ultrakonservative Parteien bilden vielmehr eine antidemokratische Allianz im Namen christlicher, abendländischer Werte.

Aber nicht nur in Osteuropa, auch in Westeuropa sind Oppositionsparteien beim Aufbau eines ethno-religiösen Nationalismus erfolgreich. Wie die jüngsten Auswertungen der Europäischen Wertestudie zeigen, neigen religiös gebundene Menschen zunehmend zu antidemokratischen Parteien, die das Christentum lediglich als abendländische Kultur verstehen, um so gegen Zuwanderung zu mobilisieren.

Es ist aber die liberale Demokratie, die die Religionsfreiheit für alle garantiert. Erst der demokratische Grundsatz der Gleichbehandlung gibt auch Minderheitsreligionen das Recht, ihren Glauben sichtbar zu leben. In autokratischen Ländern hingegen kann sich nur die jeweils „nationale“ Mehrheitsreligion über eine privilegierte Stellung freuen. Diese ist ein Monopolist hinsichtlich Finanzierung, Zugang zu Schulen und Kindergärten und hat die Autorität, gesellschaftspolitisch relevante Gesetzgebung zu beeinflussen. Religiöse Minderheiten besitzen hingegen nicht nur nicht diese Rechte, sie werden in politischen Kampagnen oft attackiert und müssen als Sündenböcke herhalten.

Vereinnahmen und schweigen

Wie und warum unterstützen christliche Kirchen den Rückbau von Demokratie? Zwei Entwicklungen fallen dabei auf:

In osteuropäischen Staaten, namentlich in Ungarn und Polen, steht das Wertesystem der liberalen Demokratie unter massivem Druck. Beschädigungen der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der individuellen Freiheits- und Autonomierechte werden von den Amtskirchen geduldet, manchmal wird dabei auch aktiv mitgeholfen. Die Regierung vereinnahmt die Kirche. Ungarn sei ein christliches Land mit christlichen Werten, so etwa die Erzählung, mit der feindselige Politik gegen Rechtsstaatlichkeit, gegen Menschen mit nichtchristlichen Glaubensbekenntnissen und generell gegen Geflüchtete legitimiert wird.

Auf die Vereinnahmung reagieren Kirchen teils mit Schweigen, was in der Konsequenz auch auf Bejahung hinausläuft. Teils zeigt die Amtskirche aber auch eine große ideologische und interessengeleitete Nähe zur Regierung. Dies trifft insbesondere auf die Bischöfe Polens und die bis vor kürzlich regierende PiS (Partei für Recht und Gerechtigkeit) zu. Nicht selten machten sich Kirchenvertreter zum Sprachrohr der Regierung. Und in Ungarn wiederholen manche Bischöfe direkt Orbáns Narrativ der christlichen Werte im Kontext der Migrationspolitik. Illustrativ dafür ist eine Aussage eines ungarischen Bischofs, wonach die ins Land kommen-



Patriarch & Diktator

Schauplatz Kreml, 28. November 2023: Kyrill, Patriarch von Moskau und ganz Russland, spricht auf der Bühne des „Weltkonzils des russischen Volkes“ – und Vladimir Putin schwebt per Videoschaltung darüber.

den Migranten die christlichen Werte verwässern würden und daher eine restriktive Migrationspolitik auch im Interesse des Christentums sei.

Der leisen oder auch lauten Zustimmung zur Einschränkung von liberalen Grundwerten wie dem Recht auf Asyl steht ein übereinstimmendes Interesse in gesellschaftspolitischen Fragen gegenüber. Die Kirchen werden mit religiös-konservativen Gesetzen im Bereich der Schulpolitik (zum Beispiel Sexuallehre), der Ehe, der Familienförderung, der Abtreibung, der eingeschränkten Rechte für LGBTQ-Personen belohnt; sie bekommen Aufträge in der Bildung und im Sozialbereich – und ihr Wohlergehen wird mit finanzieller Unterstützung aus dem Staatshaushalt gewürdigt.

Ist die katholische Kirche eher auf der Seite der autokratischen Regierungen zu finden, so unterstützt die orthodoxe Kirche auch die Agenda von rechtsextremen Parteien. So zum Beispiel in Rumänien, wo der Aufstieg der extremen Rechten eng mit extrem konservativen Gruppierungen der orthodoxen Kirche verwoben ist. Neben einer geradezu feindschaftlichen Position gegenüber der Regierung treten die kle-

wanderte, gegen liberale Politikerinnen und Politiker sowie Aktivisten richten.

Diese exemplarischen Hinweise untermauern, dass die Werte der liberalen Demokratie derzeit kaum auf religiöse Verteidiger und Stimmen zählen können. Der religiöse Mainstream steht in jenen europäischen Ländern, die bereits deutliche antidemokratische Entwicklungen durchlaufen, vielmehr auf der Seite der Autokraten.

Die demokratiepolitisch unerfreuliche Positionierung der Kirchen in Osteuropa ist also offensichtlich, sie gilt aber nicht uneingeschränkt. Zum einen kommen der katholischen Kirche sowohl in Polen als auch in Ungarn in beträchtlicher Anzahl die Gläubigen abhandeln. Diese Entwicklung schwächt die gesellschaftliche Autorität der Amtskirche und macht sie für die Politik zukünftig weniger attraktiv. Zum anderen gibt es Spannungen innerhalb der Kirchenleitung. Nicht alle Würdenträger



Lesen Sie dazu auch „Kyrill & Co im Ukrainekrieg: Todeskultur und Überlebenskampf“ (1.3. 2023) von Ernst Trummer auf [fuerche.at](#).



tragen den antidemokratischen Kurs uneingeschränkt mit. Einzelne Bischöfe und Priester distanzieren sich von Attacken gegen Minderheiten. Gläubige und karitative Organisationen zeigen sich solidarisch mit Schwächeren und versuchen, insbesondere für Geflüchtete, eine kleine Tür zwischen vielen geschlossenen zu öffnen. In Osteuropa stehen vereinzelt kirchennahe NGOs für Ähnliches ein wie Caritas oder Diakonie in Österreich im breiten Stil – sie erheben immer wieder kritisch die Stimme für jene, die kaum eine haben, sie zeigen Wege für eine solidarische Gegenwart und Zukunft. Es gibt also Grund zur Hoffnung, dass die christlichen Kirchen auch in Osteuropa wieder einen politischen Kurs in Richtung Demokratie, Freiheit und Solidarität einschlagen.

Die Autorin ist Professorin i. R. für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

KLARTEXT

Von Julia Mourão Permoser

Gerechtigkeit als Geschenk

Es ist die Zeit des Jahres, in der man sich etwas wünschen darf. Ob sich die Wünsche realisieren lassen, ist eine andere Geschichte. Aber der Zauber, sich einmal vorzustellen, alles wäre besser, ist an sich schon erfüllend.

Aus den zahlreichen Themen, die sich für Wünsche anbieten, möchte ich das Thema Bildung herausstreichen. Allein schon deshalb, weil es absolut zukunftsweisend ist. Wieder einmal wurde heuer eine PISA-Studie durchgeführt – und die Ergebnisse sind einmal mehr erschütternd (vgl. dazu auch S. 15). Die Kluft zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ist in Österreich nach wie vor enorm – und wesentlich höher als im OECD-Durchschnitt. Beim Lesen ist der Gap sogar mehr als doppelt so hoch.

Das ist eine traurige Bilanz, aber noch skandalöser sind die Ergebnisse im Hinblick auf soziale Herkunft und Geschlecht – völlig unabhängig vom Migrationshintergrund. In Mathematik und Naturwissenschaft entspricht der Unterschied zwischen sozial privilegierten und sozial benachteiligten Jugendlichen vier bis fünf

Schuljahren, Tendenz steigend! Zudem weist Österreich unter allen 41 Staaten in Mathematik die zweitgrößte Geschlechterkluft zugunsten von Burschen auf. Nur Italien schneidet noch schlechter ab.

Ja, die Integration ist hierzulande offenbar gescheitert – aber nicht wegen der Migrantenkinder. Das Bildungssystem Österreichs scheitert auch daran, die eigenen Kinder zu integrieren. Geerbte Unterschiede werden nicht eingeebnet, sondern perpetuiert. Dass Migranten dabei benachteiligt werden, ist klar. Dass das ein reines Migrationsproblem wäre, ist aber Fantasie.

Zu Weihnachten möchte ich nun ein wenig anders fantasieren: Ich wünsche mir Chancengleichheit! Ich wünsche mir ein Land, in dem die Schule ein wirksamer Hebel ist und jedes Kind, das sie besucht, ein kleines Wunder erlebt.

Die Autorin ist Professorin für Migration und Integration an der Donau-Universität Krems.



„Ist die katholische Kirche eher auf der Seite der autokratischen Regierungen zu finden, so unterstützt die orthodoxe Kirche auch die Agenda von rechtsextremen Parteien.“

rikal-politischen Gruppen für das Abtreibungsverbot ein, kritisieren „Genderideologie“ und Frauenrechte und stellen sich gegen Rechte für LGBTQ-Personen. Bei der georgischen Orthodoxie und ihr nahestehenden Organisationen schließlich ist die Verbundenheit mit ultrakonservativen, Russland-orientierten Gruppen besonders deutlich. Diese politisch-religiöse Gemengelage fällt mit Hassreden gegen religiöse, ethnische und sexuelle Minderheiten auf und organisiert gewalttätige Kundgebungen gegen Kulturveranstaltungen. Nicht christlich, nicht traditionell, nicht der georgischen Nation entsprechend – das sind die Vorwürfe, die die religiös-politischen Organisationen gegen muslimische Zuge-